

„Der Staat ist in der Pflicht“

Herr Bruckdorfer, was gefällt Ihnen nicht an dem Konzept der Tafeln?
Wir begrüßen das karitative Engagement. Den vielen ehrenamtlichen Helfern gebühren Dank und Anerkennung. Die Diakonie sagt nicht, dass die Tafeln von heute auf morgen schließen sollten...



Diakonie/Rogier

Matthias Bruckdorfer von der Diakonie Deutschland

Aber?
Wer glaubt, dass die Tafeln ein Mittel sind, Armut zu überwinden, der irrt. Das ist Aufgabe des Sozialstaats. Aber die Sozialpolitik duckt sich weg und verweist auf die erfolgreiche soziale Bewegung der Tafeln. So entsteht der Eindruck, dass die Tafeln einen wesentlichen Beitrag zur Armutsvermeidung leisten. Die Daseinsvorsorge für arme Menschen wird dagegen immer mehr vernachlässigt.

Aber der Eindruck ist doch nicht falsch, dass die Tafeln Menschen in Not tatsächlich helfen.
Höchstens fünf bis zehn Prozent der elf Millionen Menschen, die als arm gelten, nutzen das Angebot der Tafeln. Um allen zu helfen, müssten die Tafeln im großen Stil Lebensmittel zukaufen. Dies wiederum verstößt gegen die Tafel-Grundsätze.

Verstehe ich das richtig? Die Tafeln nutzen und schaden?
Ja. Die Politik neigt dazu, die Tafeln zu instrumentalisieren. Je selbstverständlicher Tafeln werden, desto mehr tragen sie zur Verstärkung der Armutsentwicklung bei.

Die Diakonie hat sich deshalb dem Bündnis aus Tafel-Kritikern angeschlossen?

Die Diakonie Deutschland ist kein Mitglied des Aktionsbündnisses – mit Ausnahme des Landesverbands Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz. Aber wir teilen dessen sozialpolitische Forderungen und sind mit den Mitgliedern im Gespräch. Die Kritik an einer ungerechten Sozialpolitik formuliert die Diakonie seit Langem.

Immerhin haben die Tafeln es geschafft, dass über Armut geredet wird.
Die öffentliche Aufmerksamkeit der Menschen hat sich angesichts der Menschenschlangen vor den Ausgabestellen erhöht. Aber auch die Schlange ist eine ambivalente Sache. Denn die Bilder stigmatisieren. Viele, die einkommensarm sind, gehen aus Scham nicht zu den Tafeln hin.

Was muss die Politik tun, um Armut zu beseitigen?
Die Politik ist in der Pflicht, das Existenzminimum zu erhöhen und für existenzsichernde Löhne zu sorgen. Hilfreich wäre es, wenn die Tafeln sich nicht nur karitativ betätigen, sondern auch sozialpolitische Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit an die Politik herantragen.

Haben Sie sich über die grünen Steuerpläne gefreut?
Ja. Die Diakonie ist seit Langem der Meinung, dass starke Schultern mehr tragen müssen. Die Vorschläge der Grünen gehen in die richtige Richtung, aber man wird sehen, was am Ende daraus wird.

Die Grünen sind für ihre Beschlüsse heftig kritisiert worden.
Ich habe den Eindruck, dass es immer mehr Menschen gibt, die bereit sind, für sinnvolle öffentliche Dienstleistungen höhere Steuern zu zahlen.

Interview: Gabi Stief